



## **44. Öffentliche Vortragsveranstaltung**

**25. Februar 2009**

**Park Hotel Bremen**

**Bauassessor Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold  
Präsident des Bauindustrieverbandes  
Niedersachsen-Bremen**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zur 44. Öffentlichen Vortragsveranstaltung heiße ich Sie hier im Park Hotel Bremen herzlich willkommen. Ein besonderer Gruß gilt natürlich unseren heutigen Referenten:

Dr. Theo Waigel

Bundesminister a. D.

und

Pater Dr. Dr. Hermann-Josef Zoche

Pfarrer, Autor und Ethikexperte.

Bevor die beiden Referenten zu uns sprechen, erlauben Sie mir einige Ausführungen aus Sicht der Bauwirtschaft zur gegenwärtigen Situation am Baumarkt und zu den wirtschaftlichen Turbulenzen.

Die Finanzmarktkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise entwickelt hat, ist die zentrale Herausforderung für die Politik, die Unternehmen und die Gesellschaft.

Es gibt genug Stimmen, die besagen, dass derartige Krisen in kapitalistischen Wirtschaftssystemen zwangsläufig auftreten. Dies mag sein, ich bezweifle aber, dass diese Krise wirklich unvermeidbar war. Ein etwas polemisches Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 8. Februar 2009 bringt dies auf den Punkt:

„Es gab kein Axiom und kein Naturgesetz, welches eine Bank gezwungen hätte, Papiere zu kaufen, die auf dem glücklichen Ausgang einer Wette auf den ewig steigenden Wert von Riesenhäusern basierte, die man tagträumenden Erdbeerpflückern und Putzfrauen angedreht hatte.“

Für die Zukunft ist es notwendig Systeme und Instrumente zu entwickeln, die Krisen dieses Ausmaßes nach Möglichkeit vermeiden oder zumindest eindämmen.

Zur Zeit müssen wir uns damit befassen, wie die Auswirkungen der Krise, die sich in ihrer ganzen Schärfe noch gar nicht gezeigt haben, in den nächsten Jahren abgemildert werden.

Erfreulicherweise hat die Politik sehr früh erkannt, dass die Abarbeitung der Investitionsstaus im Bereich des öffentlichen Hochbaus und der Verkehrsinfrastruktur ein gutes Instrument darstellt, um öffentliche Mittel sinnvoll im investiven Bereich einzusetzen. Damit werden erhebliche gesamtwirtschaftliche Folgeeffekte erzielt, die auch den nachfolgenden Generationen zugute kommen.

In einem ersten Schritt wurde so unter anderem der Verkehrshaushalt für die Jahre 2009 und 2010 um insgesamt zwei Milliarden Euro aufgestockt. Mit einem Volumen von jeweils elf Milliarden Euro pro Jahr ist dies ein Signal in Richtung einer modernen und leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur.

Die Aufstockung des Verkehrshaushaltes führt nicht dazu, dass über den Bedarf hinaus Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Damit ist der Verkehrshaushalt erstmals seit vielen Jahren wieder halbwegs bedarfsgerecht ausgestattet. Bis zum Jahr 2009 hat es durchweg defizitäre Budgets gegeben, die ei-

nen Substanzabbau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur verursacht haben.

Wichtig ist daher, dass die Investitionen auch nach der Krise auf bedarfsgerechtem Niveau gehalten werden.

Die zusätzlichen Mittel werfen aber ein Problem auf. Nach unserem Kenntnisstand reichen die finanziellen Mittel für die in diesem Zusammenhang erforderlichen Planungsleistungen zur Zeit nicht aus. Hier müssen kurzfristig pragmatische Lösungen gefunden werden. Entsprechende Vorschläge hat der Verband der Bauindustrie der Politik und der Verwaltung bereits unterbreitet.

Entsprechendes gilt für die personellen Planungskapazitäten. Die zum Beispiel im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium vorhandene Vorstellung, dieses Problem durch Einstellung neuen Personals zu lösen, ist unserer Ansicht nach der falsche Weg. Besser und weitaus effizienter wäre es, die Möglichkeit zu nutzen, einen Gesellschaftsanteil im Wert von rund 9.000 Euro an der DEGES zu zeichnen. Dies

würde erlauben, die dort vorhandenen Planungskapazitäten zu nutzen. Hamburg und Schleswig-Holstein haben uns dies bereits vorgemacht.

Ausdrücklich begrüßen wir das kommunale Investitionsprogramm. Nach dem Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik besteht bei den deutschen Städten und Gemeinden ein Investitionsstau in Höhe von 70 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte dieser Summe entfällt auf den Bereich der Abwasserkanäle und den Bereich der kommunalen Straßen. Tätigkeitsfelder, die nach der zwischen Bund und Ländern vorgesehenen Verwaltungsvereinbarung gerade nicht in das Investitionsprogramm einbezogen sind.

Der Artikel 104 b des Grundgesetzes regelt, dass der Bund derartige Investitionen nicht direkt unterstützen darf. Daher sind die Bundesländer aufgefordert, bei ihren eigenen Investitionsmaßnahmen verstärkt diese beiden Infrastrukturbereiche zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz aller Bemühungen ist keineswegs sicher, dass die zusätzlichen Investitionsmittel im öffentlichen Bereich die sicher zu erwartenden Rückgänge im Wohnungs- und Wirtschaftsbau kompensieren können. Sorgen bereiten in diesem Zusammenhang die Zahlen aus Niedersachsen über den Rückgang der öffentlichen Bauausgaben Ende des letzten Jahres. Diese sanken im Oktober um fast 55 und im November um über 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Bremen war die Entwicklung ähnlich. Die Gründe für diese investive Vollbremsung dürften in überarbeiteten Steuerschätzungen für das Jahr 2009 liegen, aber auch in der Erwartung, dass alsbald Fördermittel für die Kommunen fließen werden.

Dies bedeutet nun für die praktische Umsetzung, es muss einerseits ein unbürokratisches und schnelles Verfahren für die Verteilung der Fördergelder gefunden werden, andererseits ist sicherzustellen, dass die Mittel tatsächlich für zusätzliche Baumaßnahmen verwendet werden. Nur so wird das Konjunkturpaket II positive Wirkungen entfalten.

Wir regen an, nicht nur den öffentlichen Bau, sondern zum Beispiel auch den Wohnungsbau neu zu beleben. Wenn eine Abwrackprämie für Gebrauchtwagen eingeführt wird, dann sollte man auch über Abriss-Neubau-Konzepte zum Beispiel für Nachkriegsbauten nachdenken, bei denen eine energetische Sanierung unwirtschaftlich ist. Konsequente und erfolgreiche Rückbaukonzepte hat es bereits in Osterholztenever und Bremerhaven gegeben. Gerade die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Notwendigkeit der Energieeinsparung im Wohnungsbestand sind noch mehr als die Abwrackprämien Investitionen in die Zukunft.

Darüber hinaus weist dieser Bereich einen besonders hohen Multiplikationseffekt für die Beschäftigung aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Öffentlichkeit ist bereits die Frage aufgetaucht, ob die Unternehmen der Bauwirtschaft über genügend Kapazitäten verfügen, um die geplanten öffentlichen Investitionen umsetzen zu können.



Die Frage ist mit einem deutlichen „Ja“ zu beantworten. Zwar hat sich die Kapazitätsauslastung im Deutschen Bauhauptgewerbe seit 2006 verbessert, trotzdem litten noch im November 2008 fast 30 Prozent aller befragten Unternehmen an einem niedrigen Auftragsbestand.

Zur Zeit verzeichnen wir einen Rückgang der Aufträge. Es ist daher dringend erforderlich, die Aufträge jetzt auszusprechen. Hierzu müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Vereinfachung des Vergaberechts, wie zum Beispiel der Beschluss des Koalitionsausschusses, Bauaufträge bis zu einer Million Euro ohne weitere Begründung im Wege der beschränkten Ausschreibung vergeben zu können, sind zeitlich befristet sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen nur darauf achten, dass das Vergaberecht nicht nachhaltig ausgehöhlt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei allen Maßnahmen und Erwägungen in Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass bauen und investieren immer auch eine

soziale Komponente haben. Es kann nicht nur darum gehen, möglichst schnell viel Geld umzusetzen, sondern all die jetzt ergriffenen Maßnahmen dienen in erster Linie der Beschäftigungssicherung von Mitbürgern des Landes. Aufgrund ihrer hohen Beschäftigungsintensität bietet gerade die Bautätigkeit gute Voraussetzungen, Wertschöpfung vor Ort zu schaffen und zahlreiche Arbeitsplätze zu sichern.

Wir haben deshalb in der jetzigen Krise die Chance, mit einem neuen „Leitbild Bauwirtschaft“ ein positives Image für die Bauwirtschaft zu prägen.

Auch unter dem strengen Prinzip der Wirtschaftlichkeit muss es möglich sein, Aufträge für die Bauwirtschaft zu auskömmlichen Preisen zu vergeben und die Auftragsabwicklung so zu gestalten, dass es nicht zu übermäßigen Belastungen für die Mitarbeiter der Bauunternehmen kommt.

Eine erfolgreiche Gesellschaft zeichnet sich nicht nur durch effizientes Wirtschaften, sondern auch durch sozialen Zusammenhalt aus. Dies wird uns gerade in schwierigen Zeiten immer wieder bewusst. Auf dieses Thema werden sicherlich unsere Referenten eingehen, die ich Ihnen nun vorstelle.

Sehr geehrter Herr Waigel,

Sie wurden 1989 in das Amt des Bundesministers für Finanzen berufen, das Sie bis zum Regierungswechsel im Jahr 1998 ausübten. Ihre politische Karriere begann 1972 als Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort übten Sie von 1978 bis 1980 die Funktion als Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und von 1980 bis 1982 als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft sowie als wirtschaftspolitischer Sprecher aus. Im Oktober 1982 wurden Sie zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und zum ersten stellvertretenden Vorsitzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Sie verfügen also über eine sehr umfangreiche politische, vor allem finanzpolitische Erfahrung. Wir freuen uns sehr auf Ihren Vortrag zum Thema „Die Finanzwelt im Umbruch“.

Nach einer kleinen Pause wird unser zweiter Referent, Pater Dr. Dr. Hermann-Josef Zoche zu uns sprechen. Herr Dr. Zoche, Sie wurden 1958 in Bremen geboren und studierten Philosophie an der Philosophischen Hochschule in Frankfurt am Main sowie Theologie in Freiburg, München und Augsburg. Im Nebenfach absolvierten Sie „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“. Anschließend promovierten Sie in ka-

tholischer Theologie über „Gnadenlehre“ und in allgemeiner Philosophie über „Systeme des Denkens“. Nach Ihrem Ordenseintritt bei den „Brüdern vom gemeinsamen Leben“ folgte 1987 die Priesterweihe. Seit 1991 sind Sie als Pfarrer in der Gemeinde Waldkirch bei Waldshut tätig. Sie schreiben für die „Tagespost“, halten Seminare sowie Vorträge für Management und Industrie, führen Meisterschulungen durch und sind Leiter des Seminarkonzeptes für „Management und Menschenbild“.

In ihren aktuellen Buch „Die sieben Todsünden unserer Zeit“ erklären Sie anhand vieler Beispiele aus Wirtschaft, Gesellschaft und Privatleben, wie sich aus den klassischen die neuen Todsünden entwickelt und unsere Gesellschaft in eine gefährliche Schiefelage gebracht haben.

Sehr geehrter Herr Dr. Zoche, Ihrem Vortrag zum Thema

„Firmenethik als Erfolgsfaktor

– kein Erfolg ohne Freude“

sehen wir mit großem Interesse entgegen.